





Ergebnis und "Nuten heraus" erst recht während des Krieges von Bayern gefordert worden ist, kommt für ihn eben nur noch der Anschlag an Bayern in Frage. In Erwägung aller dieser Umstände hätte in richtiger Auslegung des demokratischen Gedankens die Regierung des Freistaates Solbrig die Entscheidung über den Anschlag an Groß-Hüringen oder Bayern einer am 14. September 1919 erfolgenden Volksabstimmung überlassen. Mittlerweile ist aber den Herren der regierenden Partei (S. P. D.) die Entscheidung gekommen, daß bei dieser Volksabstimmung ferner der Anschlag an Bayern gefordert werden würde. Dieser Widerspruch aber in jeder Hinsicht der politischen Geschäfte, die man in Groß-Hüringen als dem zukünftigen Kern der rein sozialistischen Republik zu machen gedent, so daß unter allen Umständen die "Volksabstimmung" in der Bayern dieses Gedankenganges gefordert werden muß. Man ändert die Regierungsvorlage (S. P. D. und 1. D. D.) im Landtage mit der sozialdemokratischen Mehrheit unter Diktatur der Bürgerlichen und eines sozialdemokratischen Regierungswertreters dahin ab, daß die Volksabstimmung erst am 23. September 1919 stattfinden soll, und nur über den Anschlag an Bayern befinden darf, der ferner erst dann als vom Volke genehmigt anzunehmen ist, wenn die Mehrheit der Wahlberechtigten die Wahl mit dem Stimmzettel zum Ausdruck bringt. Trotz des einmütigen Protestes der oben genannten Abgeordneten beschloß die sozialdemokratische Abgeordneten in selbstherrlicher Auslegung ihrer Macht die genannte Abänderung der Regierungsvorlage.

Ganz abgesehen davon, daß das kleine zusehende Rindchen noch weitere 14 Tage bis in seine tiefen Tiefen durch mühevolle Agitation aufgerichtet wird, bestreift man von sozialdemokratischer Seite unter platter Verungung seiner selber scharf vertretenen "Theorie" ein Verbot, das dem Volke seit geheimnis, gleiches Wahlrecht nimmt und dieses der reinen von einer Partei ausgehenden Diktatur unterwirft. Eine solche Abstimmung kann unter keinen Umständen für Bayern ausfallen, trotzdem notorisch feststeht, daß die Mehrheit der Bevölkerung für Bayern ist. Da nur für Bayern abgestimmt werden darf, fest auch fest, daß alle zur Wahl gebenden für Bayern stimmen, die gebührende Wahl ist voll befestigt, denn wer nicht für Bayern stimmen will, wird eben überhaupt nicht wählen. Nun stelle man sich den Terror der Sozialdemokratie in dieser Frage vor, vor auch wie ich noch zum Schlusse ausführen werde, nicht, daß man die Wahl zum eigenen Regierungswertretter, und man wird erwidern können, wie diese Wähler unter diesen Umständen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen werden, die bei einer Wahl für Bayern die der Großhüringer für Bayern gestimmt haben würden. Nun werden diese aber entgegen ihrem eigentlichen Willen zu den nicht für Bayern stimmenden Wählern gerechnet, zu denen ferner auch die bei allen Wahlen vorhandene Partei der Nichtwähler gezählt wird, da ja der Anschlag an Bayern als abgelehnt gilt, wenn die Mehrheit der Wahlberechtigten die Wahl zum Regierungswertretter ablehnt, und sich dann als solches weigert, die Verordnung zu unterzeichnen, wurde es von der Partei mit der Hungerpolitik beauftragt, man sperre ihm Amt und Einkommen, das er als Mitglied der Reichsversammlung der sozialdemokratischen Zeitung besaß. Diese politische Verleumdung und Verächtlichmachung so wie sie aufsteigen!

Was für und Verbrechen an diesen Vorgängen ist? Es ist hier einwandfrei festzustellen, daß die Sozialdemokratie auf die Rechte des Volkes weist, wenn sie die Macht allein hat und Instände ist, durch ihre terroristischen Mittel die Geschäfte eines Landes zu lenken, wie es in ihre Geschäfte paßt. Bürger und Bauer, mehr ist das für die nächsten Wahlen. Und die Bevölkerung der zum Anschlag an Groß-Hüringen geforderten preussischen Gebietsstelle wird wissen, was ihr bei einem solchen Anschlag bevorsteht. Volk, wache an!

### Unabhängige Pläne gegen die Elektrizitäts- Erzeugung.

Berlin, 28. Aug. Unter der Überschrift: "Wie es gemacht werden soll" lautet der Inhalt. In einer Verammlung der Unabhängigen wurde die Arbeit der Stadtkommision der Elektrizitätswerke, S. P. D., näher besprochen über die Stimmung der Elektrizitätsarbeiter in Berlin und Bitterfeld. Er berichtete, jedoch von einer längeren Agitationsstelle aus Mitteldeutschland zurückgekehrt, über die Verhältnisse der dortigen Elektrizitätsarbeiter. Nach seinen Ausführungen bestünde die Arbeiterkraft des Bitterfeld gelegenen Großkraftwerkes auf Grund ihrer Geschlossenheit, die vollständige Macht gegenüber dem Unternehmern. Erst vor kurzem habe ein dortiger Direktor die auf dem Vermittlungsgebäude wehende rote Fahne einziehen wollen, sei jedoch durch im Augenblick einsetzenden Streik gewonnen worden. Sie seien unabhängig voneinander zu stellen. Der Redner meinte, man solle die Kräfte nicht verzerren und lediglich die wirtschaftliche Macht in drei unbedingten Rechtswegungen an sich zu bringen. Die drei Zweige seien:

- die Elektrizitätserzeugung,
- das Fernschreiben sowie
- das Berg- und Hüttenwesen.

Besitzlich der Elektrizitätserzeugung besaßte er, einen Ring der märkischen und mitteldeutschen Arbeiterkräfte der Elektrizitätswerke gebildet zu haben, und daß es in seiner Hand läge,

### die Elektrizitätserzeugung

von Berlin, der gesamten Provinz Brandenburg und Mitteldeutschland

in jedem Momente lahm zu legen.

Son kurzem habe bereits eine derartige Kraftprobe stattgefunden, indem man ihn, den Redner, verhaftet und nach dem Reichswehrministerium in der Bendlerstraße gebracht habe. Bereits nach wenigen Stunden habe man ihn bedingungslos entlassen und sehr höflich gebeten, sich demnächst mit seinen Kollegen in Verbindung zu setzen, da diese im Falle der Nichterfüllung bis zu der festgelegten Zeit die Elektrizitätserzeugung stilllegen wollten. Durch die Beherr-

schung der Elektrizitätserzeugung von Seiten der unabhängigen Arbeiterkräfte habe man einen Trumpf in der Hand, durch den man auf wirtschaftlichem Gebiet die

### Diktatur des Proletariats erzwingen

könne. Die politische Macht müsse man nur auf dem Wege über die wirtschaftliche Macht erreichen. Wenn in den anderen, von ihm genannten Berufszweigen mit der gleichen Fleißigkeit und strengen Organisation gearbeitet werde, wie von dem Redner, so sei der Ort bombastischer. Man müsse nur den richtigen Zeitpunkt abpassen und nicht dann zu streiten beginnen, wenn es von den kapitalistischen Gegnern erwartet werde. Heute sei es bereits unmöglich, daß die Reaktion etwas gegen die Elektrizitätsarbeiter unternehme. Man müsse zwar jetzt selber eine gewisse Depression und Streikfaulheit in den Arbeiterkreisen konstatieren, jedoch sei zu erwarten, daß auch bei den Eisenbahnen und Berg- und Hüttenarbeitern die Arbeiterorganisation derart in die Hände der revolutionären Arbeiter komme, daß man mit der gleichen Sicherheit loszuschlagen bereit sei wie in der Elektrizitätserzeugung.

### Auch große deutsche Wld.-Lieferungen an die Entente?

Der Kaiser, "Matin" meldet, daß mit Unterstützung des französischen Landwirtschaftsministeriums der französische St. Hubertsklub bei der Entschädigungskommission die Forderung gestellt hat, von Deutschland 20 Millionen und Desterreich die Lieferung von je 200 Stücken, 5000 Hefen, 800 000 Hefen und drei Millionen Reibhähnen zu verlangen. Desterreich soll überdies eine Million Haseln liefern. Die Tiere sollen lebend jeweils Anfang September und März innerhalb zwei bis drei Jahren geliefert werden.

### 26 deutsche Gefangene tödlich verunglückt.

Berlin, 28. August. Ein schweres Explosionsunglück hat sich, wie erst jetzt ergänzend gemeldet wird, bei der 98. deutschen Kriegsgefangenenkompanie im amerikanischen Gefangenenlager in Doubs bei Boreoang Mitte Juli ereignet. Die Gefangenen waren damit beschäftigt, Strohballen zu verpacken und zu machen. Hierbei kam es zu einer starken Explosion, der eine große Anzahl Kriegsgefangener zum Opfer fielen. 24 bis 26 Mann sollen dabei getötet worden sein. Infolge dieses Vorganges meierte sich die 101. Gefangenenkompanie, ähnliche Arbeiten auszuführen. Durch Entziehung der Nahrung, durch Gefängnisstrafen und durch die Drohung, als Meuterer behandelt zu werden, zu bang man sie schließlich, die Arbeiten auszuführen. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung des schweizerischen Bundesrats an die amerikanische Regierung in dieser Angelegenheit eine Note gerichtet.

### Polnische reguläre Truppen unzweifelhaft festgestellt.

Breslau, 28. August. In einer Verhandlung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Weiden ist ein eingehender Rechtspruch von weitreichender Bedeutung ergangen. Verhandelt wurde gegen sechs wegen Auftrags Angeklagte, die bei Antonow von den Mannschaften eines Panzerzuges festgenommen worden waren und in der Verhandlung durch eigene Geständnis als reguläre polnische Legionäre festgestellt wurden. Das außerordentliche Kriegsgericht hat sich daher auf dem Standpunkt gestellt, daß mit dem Augenblick, in dem polnische reguläre Truppen unter Führung in die Stämme in Oberschlesien eingegriffen haben, der Kriegszustand zwischen Deutschland und Polen hergestellt worden ist. Aus diesem Grunde werden die sechs angeklagten Legionäre als Kriegsgefangene angesehen. Das außerordentliche Kriegsgericht hat sich zur Beurteilung als nicht zuständig erklärt. Die Angeklagten wurden der Militärbehörde übergeben. Es handelt sich um Legionäre von der ersten Kompanie des in Bendzin in Polen in Garnison stehenden 11. regulären Etappen-Bataillons.

Eine weitere Meldung aus Oppeln besagt noch folgendes:

Daß die Lage in Oberschlesien noch immer ernst und vielleicht ernster denn je ist, beweist die Tatsache, daß der Bandenkrieg in einzelnen ober-schlesischen Grenzorten noch immer nicht endet will. Die ober-schlesische polnische Presse überietet sich jetzt wieder in Anschuldigungen zum Anschlag, namentlich in den freien Provinzen und besonders in der Gegend von Oppeln. Die amtlichen Meldungen über die Grenztruppen in der Oppelner und Tarnowiger Gegend berichten, daß auf Seiten der Polen fiberstärkte Bewegung herrscht. Polnische Kampfflieger überfliegen die deutsche Grenze. Auch eine Ansammlung regulärer polnischer Truppen in bedeutender Stärke ist beobachtet worden. Ein polnischer Angriff auf Posnan gelang, weil deutsche Deforenzen den Polen die Stärke der dort liegenden deutschen Grenztruppen verraten hatten.

### Die Notlage unserer Staatsbahnen.

Einem Artikel von Staatsminister Defer in der "Post" über die wirtschaftliche Bedienung der Staatsbahnen ist zu entnehmen, daß die Ausgaben der preussischen Staatsbahnen im laufenden Halbjahre voraussichtlich acht Milliarden erheblich übersteigen werden. Die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter der preussischen Staatsbahn befreit sich gegenwärtig auf 804 000 Köpfe, übersteigt mithin weit den Friedensstand. Das erklärt sich infolge der Demobilisationsmaßnahmen, wonach die Vermaltung neben ihrem eigenen aus dem Kriege zurückfließenden Personal noch etwa 211 000 neue Kräfte und rund 20 000 Kriessoldatensoldaten anstellt. Die preussische Verwaltung hat über den Haushaltsplan hinaus gewaltige Summen zur Verfügung gestellt, allein für die Beschaffung von rollendem Material 13 Milliarden Mark. Die Werte sind unter den heutigen Arbeitsbedingungen nicht in der Lage, die Lieferungsbedingungen rechtzeitig zu erfüllen. Augenblicklich ist die Abfertigung von 860 Lokomotiven und über 14 000 Waggons rückständig. Statt 70 000 Arbeiter sind jetzt 168 000 in den Werkstätten beschäftigt. In jedem Tag gehen allwöchentlich mehr Lokomotiven zur Reparatur, als ausgebeuert dem Betrieb übergeben werden können.

### Der Entente-Druck auf Lieferung von deutschen Kohlen.

Wie die "N. N." erfahren, gestalten sich die Verleihen Verhandlungen mit der Entente, in denen von deutscher Seite eine Willigung der unerträglich harten Kohlenlieferungspläne zu erreichen gefordert wird, nach wie vor sehr schwierig. Nach dem Friedensvertrag sollen vier jährlich vierzig Millionen Tonnen liefern, eine Menge, deren Anbringung und Durchans unmöglich wäre, und die das deutsche Wirtschaftsleben in katastrophaler Weise zühtig vernichten würde. Selbst die Hälfte dieser horrenden Summe würde hinreichen, um einen höheren wirtschaftlichen Stand zu erreichen, als man sich heute bei uns vorstellen kann. Selbst die Entente diese Aufgabe bekanntlich, besteht sie, namentlich Frankreich, doch darauf, das Unmögliche zu verlangen. Das sind und her der Verhandlungen hat bis zur Stunde noch zu keiner Entscheidung geführt.

Als äußerste Bedingung beantragt die Entente neuerdings nun die Lieferung von 20 Millionen neuen Tonnen jährlich in sechsmonatlichen Raten bei einer jährlichen deutschen Gesamtlieferung von 168 Millionen Tonnen. Falls die Gesamtlieferung 168 Millionen Tonnen übersteigt, verlangt man auf der Entente Seite über 20 Millionen Tonnen übersteigt, die Gesamtlieferung über 168 Millionen zurückbleibt, macht man zur Bedingung, daß eine neue Prüfung der Frage in die Wege geleitet wird, wobei man dann eventuell durch Sonderabregelungen von Lebensmitteln eine Produktionssteigerung herbeizuführen gewillt ist.

Die schwierigste der Kohlenlieferung ganz allgemein ist, ergibt sich auch aus folgender Saager-Meldung:

Ein Anwalt Geddes, der Präsident des englischen Handelsamtes, hat Verleihen von Frankreich und Italien mitgeteilt, daß England nicht imstande sei, das Verprechen bezüglich der Kohlenlieferungen zu halten, da seine Kohlenproduktion nicht einmal den eigenen Bedarf decke und England gezwungen sei, anstatt Kohlen auszuführen, solche einzuführen. Sovort hat dem Deutschen Wirtschaftler der Verleihen erklärt, daß Amerika nur eine kleine Menge von Kohlen liefern könne, weil Mangel an Schiffraum bestehe und der Frachttariff zu hoch sei. Die Vereinigten Staaten könnten nicht mehr als eine Million Tonnen im Monat liefern.

Schließlich ließ man sich hieran noch mitteilen, daß die Preussische in Katowice schreibt, die Produktion in Oberschlesien nicht auf 100 Millionen Tonne Der Generalstreik gilt als erloschen.

### Arbeiterabstimmung über Wiedereinführung der Arbeitsarbeit.

Nach der "Post" wurden bei einer Vorabstimmung über die Wiedereinführung der Arbeitsarbeit unter der Arbeiterschaft der Firma Carl Zeiss in Jena 1501 Stimmen mit ja und 1391 Stimmen mit nein abgegeben. Die Arbeiterschaft jedoch als beschließend die Arbeitsergebnisse für die Arbeiterabstimmung hauffällig in Frage kommen, in ihrer Mehrheit dagegen gestimmt hat. Die Firma hatte dem Verleihen, den Arbeitern eine einmalige wirtschaftliche Beihilfe zu gewähren, von der Einführung und Durchsührung der Arbeitsarbeit abhängig gemacht.

### 5000 amerikanische Soldaten nach Oberschlesien unterwegs.

Berlin, 29. Aug. 5000 amerikanische Soldaten sind nach dem "Vol. Anz." aus den Vereinigten Staaten abgefahren, um sich über Kohlen nach Oberschlesien zu begeben. Es sind 50. und 50. Infanterie-Regiment, die zum Wache dienst in Oberschlesien bestimmt sind.

### Eine Rede des Reichspräsidenten.

Stuttgart, 28. Aug. Für die bei der heutigen Mittagspause von dem Minister des Innern Dr. Glöckner an die Stelle des erkrankten Ministerpräsidenten Bloch an den Reichspräsidenten Ebert gerichtete Anrede dankte Reichspräsident Ebert dem Minister für seine freundlichen Worte der Bewillkommung und führte u. a. aus:

Als Redner fühle und denke ich mit Ihnen und habe Verständnis für die Sorge meines Vaterlandes, aber es muß eins berückichtigt werden: Wir sind an die Schaffung der Verfassung gegangen nach einem furchtbaren Krieg, nach einem Zusammenbruch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, wie ihn noch kein Volk erlebt hat. Dazu sind uns Friedensbedingungen aufzuerlegen von eminent wirtschaftlicher und politischer Tragweite. Das macht es notwendig, die vorhandenen Kräfte des Reiches möglichst zusammenzufassen in eine einheitliche geschlossene Organisation. Das mag uns auch, manchem in den Weg zu treten, was vielleicht dem Süben lieb und wert war. Die Wahrung der Eigenart unserer deutschen Stämme und die Wahrung des politischen kaiserschen Eigenlebens der Einzelstaaten, die Vereinigung des Reiches und die Wahrung der Stamm-eigenheiten lassen sich sehr gut vereinigen.

Zur auzerwärtigen Politik äußerte sich der Präsident u. a.: Unsere Stellung zum Ausland ist so ungewisser schwierig und unglücklich, wie sich nur denken läßt, und wenn wir dem Ausland gegenüber die Stellung uns wieder verbessern und erhalten wollen, die wir gebrauchen, um leben zu können, so ist es notwendig, daß wir ohne Unterschied und Stammesgrenzen alle Kräfte in Einklang setzen und zusammenfassen und eine einheitliche Front gegenüber dem Ausland bilden. Es läßt sich leider herzlich wenig an Soldaten übrig. Was lag da näher, als unsere verschiedenen militärischen Kräfte in eine Hand zu legen und diese einheitlich zu organisieren, um sie ungehemmt im ganzen Reich verwenden zu können. Wir befinden uns da in Vereinbarung mit allen militärischen Stellen, und ich glaube dafür bürgt kein alleiniges Kommando, daß die Führung der militärischen Geschäfte so erfolgt, daß darin Komplikationen zwischen Nord und Süd nicht entstehen werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet: Die Eisenbahn war in ein Stotzen geraten. Die Bahnen sind verfallen und doch bilden sie die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens. Daher halte ich es für wichtig, sie ebenfalls unter einheitlicher Leitung zu bringen. Die Steuerfrage bildet ein bitteres Kapitel. Eine Messung von dem, was früher ausreichte, um unsere Wirtschaft und unsere Gemeinden zu finanzieren, das muß heute anderen Gegebenheiten angepaßt werden. Das können wir nicht, wenn wir keine